

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 12.— M. Durch Austräger 80.— M. pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspreis: 6.— M. Nachm. Produktionsgesellschaft f. d. Provinz Schlesien, c. G. m. b. H., Breslau Postfachkonto Nr. 81069. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887

Donnerstag, 30. Novemb. 1922

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltenen Millimeterzeile, oder deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsgeuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 M. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Kellern: Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 30.— M.

Frankreich will neue Sanktionen.

Der Kampf zwischen der französischen und deutschen Schwerindustrie. Frankreich will die Rheinlande besetzen.

Breslau, den 29. November 1922.

Noch macht die Regierung Cuno die ersten Gehversuche, noch steht sie nicht fest auf den Beinen und schon versperrt ihr ein Stein den Weg. Das Reparationsproblem, über das der Schulmeister Wirth so oft stolperte, tritt nun auch an die neue Regierung heran und verlangt seine Lösung. Neue Zahlungen sind fällig und die Schuldner drohen schon mit dem Gerichtsvollzieher.

Während sich die neue Regierung auf den Boden der letzten Reparationsnote der Wirthregierung stellt (in der die Befreiung Deutschlands von allen Zahlungen auf 3 bis 4 Jahre verlangt wird), fordert Frankreich die Bezahlung der Schulden. Es wird gemeldet, daß Frankreich auf einer Konferenz, die demnächst in Brüssel stattfinden soll, folgenden Reparationsplan vorschlagen werde:

Frankreich wird sich damit begnügen, die Hälfte des auf dem Papier stehenden Reparationsbetrages zu erhalten. Es wird einem fünfjährigen Moratorium für die Barzahlungen zustimmen, aber eine große internationale Anleihe fordern, die zwischen Deutschland und Frankreich zu verteilen wäre. Der deutsche Anteil wäre für die Stabilisierung des Marktkurses und die Entwicklung des Außenhandels zu verwenden, der französische für die Bezahlung der Reparationen. Eine französische Finanzkontrolle müßte in Deutschland eingeführt werden. Die Schleißeungen seien fortzuführen oder durch große öffentliche Arbeiten nach dem Plane Le Trocquers zu ersetzen. Frankreich behalte sich auch weiter das Sanktionsrecht vor. Es wird die Annulierung aller Kriegsschulden, die aus Kriegsmateriallieferungen erwachsen sind, fordern, ist aber seinerseits bereit, auf die Guthaben bei den Ländern der Kleinen Entente zu verzichten.

Durch diese Vorschläge will Frankreich jedoch nur beweisen, daß ein scharfes Vorgehen notwendig ist, denn die französischen Machthaber wissen zu genau, daß eine internationale Anleihe nur möglich ist, bei Lösung des Reparationsproblems. Die Vorschläge aber werden die militärische Sanktionspolitik Frankreichs wenig stören. Die ernststen Absichten Frankreichs zeigt auch die Meldung über eine Geheimkonferenz der französischen Regierung unter dem Vorsitz von Millerand und unter Hinzuziehung Le Trocquers, Reibels und einiger Generale, die verschiedene scharfe Maßnahmen zu Befestigung des Ruhrgebietes und zur verschärften Besetzung des linken

Rheinufers fordert. Ob die Beschlüsse in dieser Form oder in einer anderen, mit dieser oder jener Forderung gefaßt worden, muß allerdings noch abgewartet werden. Die Meldung selbst lautet:

Ueber die gestrige Sitzung im Elysée, an der außer den genannten Persönlichkeiten auch General Buat, der Oberkommissar für das besetzte Rheinland Tirard und der Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Trocquer, teilnahmen, wird von amtlicher Seite das größte Stillschweigen bewahrt. Die Morgenblätter teilen übereinstimmend mit, daß folgende Maßnahmen erörtert und ins Auge gefaßt wurden, für den Fall, daß die Brüsseler Konferenz zu keinem Ergebnis führen könne und daß Deutschland am 15. Januar seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen würde:

1. Eine starke Kontrolle im besetzten Gebiet, namentlich Besetzung deutscher Beamte durch französische, wobei die deutschen Beamten ausgewiesen würden;
2. Befestigung von zwei Drittel des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Bochum, um Frankreich die Verfügung über die übrigen Metallfonds und die Reparationskohle zu geben.

Noch deutlicher sind die Meldungen, die das WZV verbreitet. Da werden als die Mittel, die in Betracht gezogen wurden, folgende genannt:

1. Vollständigere Besetzung der Rheinlande, die Frankreich jetzt besetzt hält, eine Besetzung, die namentlich in der Erietzung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnte.
2. Die Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essens und Bochums, so daß Frankreich die von Deutschland auf Reparationskonto zu liefernden Kohlen und der für die französische Industrie erforderliche Hüttenkoks geliefert würden.

Der Konflikt in der Reparationsfrage ist nichts anderes als der Kampf der französischen und der deutschen Schwerindustrie. Der Kampf zwischen ihnen geht darum, daß die französischen Schwerindustriellen die vollkommene Unterwerfung, die vollkommene Abhängigkeit der deutschen Industrie verlangen. Die Kosten dieses Kampfes, wie immer er auch ausgehen wird, werden die deutschen Arbeiter zu bezahlen haben. Auf dem Boden einer gemeinsamen Ausbeutung werden sich die beiden Kapitalistengruppen einigen, wenn die Arbeiterklasse nicht diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, zu einer Lösung der Reparationsfrage im Sinne der Arbeiterklasse, wie sie der Reichsbetriebsrätekongreß vorgezeichnet hat.

Das Ergebnis des Reichsbetriebsrätekongresses.

In für die deutsche Arbeiterklasse entscheidenden Stunden hat der Reichskongreß der deutschen Betriebsräte seine dreitägigen Verhandlungen geführt. Die kleinbürgerlich orientierte Wirth-Regierung hatte ihren Bankrott erklärt und der offenen Diktatur der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes Platz machen müssen. Unter den Augen der 900 aus allen Teilen des Reiches nach Berlin delegierten Betriebsräte vollzog sich der schmachlichste Schacher um die Ministerposten; die Betriebsräte mußten mit ansehen, wie der Sozialdemokrat Ebert den der Schwerindustrie genehmen Mann zum Reichskanzler ernannte und wie dieser wahllos und skrupellos seine Männer zusammenholt, nach keinem anderen Gesichtspunkt wählend als nach dem: Männer des Kapitals und rücksichtslose Feinde der Arbeiterklasse einzusetzen. Ein schwer kompromittierter Sonderbündler und Saboteur der Getreideumlage wird Ernährungsminister, einfach, weil er der Vertrauensmann des Großagrarierturns ist. Der Reichsbetriebsrätekongreß hatte Gelegenheit, das System der bürgerlichen Demokratie in seiner ganzen Korruptheit und Fäulnis aus nächster Nähe zu betrachten; er mußte als schwerste und furchtbarste Enttäuschung erleben, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei trotz der Willensfundgebung des Reichsbetriebsrätekongresses dem Kabinett des Stinnesprogramms ausdrücklich darum ihre Billigung ausspricht, weil dieses Kabinett gewillt ist, dieses Programm mit allen Mitteln durchzuführen. Welcher Proletarier erwartet von diesem Kabinett eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse? Welcher Delegierte lehrte heute nicht in die Heimat zurück, ohne das Gefühl des tiefsten Ingrimmes, ohne fest entschlossen zu sein, gegen dieses fluchbeladene System und gegen alle, die es unterstützen, den schärfsten Kampf zu führen?

Der Kongreß hat dem Programm der Regierung des Schwerkapitals sein Programm entgegengesetzt: Kontrolle der Produktion und Arbeiterregierung. Einmütig vereinigen sich alle Delegierten in dem Willen, die Selbstbewegung des Proletariats so zu stärken, daß die Bourgeoisie, die USPD und die Gewerkschaftsführer nicht mehr wie heute über das Programm der Arbeiterschaft hinweggehen und untereinander einen Pakt gegen die Arbeiterklasse schließen können.

Der Reichsbetriebsrätekongreß hatte, wie wir keineswegs verschweigen wollen, noch zu wenig Macht in der Hand, um bei dieser Regierungskrise entscheidend eingreifen zu können. Die Führer der USPD-Fraktion konnten sich sogar weigern, die aus Genossen ihrer Partei zusammengesetzte Delegation des Kongresses auch nur anzuhören. Ueber die Stimme der Arbeiterklasse wurde mit Hohn hinweggegangen und den Vertrauensleuten eines Stinnes und Hergt die Billigung ausgesprochen. Und gerade darum betonte der Reichsbetriebsrätekongreß seine feste Entschlossenheit, dahin zu kommen, dem Willen der arbeitenden Massen Geltung zu verschaffen.

Darum steht die nun abgeschlossene Tagung der Betriebsräte, die erste, die selbständig und gegen die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie und den Terror der Unternehmer zustandegekommen ist, in seiner Bedeutung weit über den Reichsbetriebsrätekongreß vom Jahre 1919, der unter den Versprechungen und dem Einfluß der Arbeitsgemeinschaft auf dem Kampf um Erweiterung der proletarischen Macht schmachlich Verzicht geleistet hatte.

Der jetzt zu Ende gegangene Kongreß vollzog die Einigung auf das proletarische Aktionsprogramm ohne große Meinungsverschiedenheiten. Die Notwendigkeit der proletarischen Kontrolle der Produktion wurde ja durch die katastrophal fortschreitende Verelendung des Proletariats und der immer ungenügender werdenden Resultate der Lohnbewegungen jedem denkenden Arbeiter eingehämmert. Die Forderung ist nichts Neues, die Gewerkschaftsführer selbst konnten sich ihrer Notwendigkeit nicht beschließen. Die Aufstellung all der Punkte des ADB sind dafür Zeugnis. Aber die von den Betriebsräten geführte Massenbewegung ging dahin, das durchzusetzen, was im Lebensinteresse des Proletariats durchgesetzt werden muß. Die Gewerkschaftsinstanzen schredten vor dem Kampf um ihre eigenen Forderungen wegen der Schwierigkeiten und der unanschneidlichen Konsequenzen zurück. Die Klassenbewußten Arbeiter, die den Kampf um die Durchführung der Produktion selbständig eröffneten, haben noch weit schwerer zu kämpfen, als e-

Sowjet-Rußland in Lausanne.

Der Kampf um das Mosul-Petroleum.

An der Konferenz, die gegenwärtig in Lausanne tagt und auf der die Frage der Dardanellen und des Petroleumgebietes Mosul gelöst werden soll, nimmt auch Sowjet-Rußland teil.

Genosse Rakowski, der in Lausanne eintraf, erklärte dem Korrespondenten des „Matin“, die russische Abordnung wolle an allen Verhandlungen der Lausanner Konferenz teilnehmen. Rußland wurde eingeladen, an den Besprechungen teilzunehmen, die es interessieren. Alle Fragen der Tagesordnung sind aber für Sowjet-Rußland von größtem Interesse. Rußland wünschte, daß die Dardanellen für Kriegsschiffe gesperrt sein sollen. Sollte der englische Standpunkt durchdringen, so würde England die Meerengen völlig beherrschen. Rußland wünschte dagegen eine Kontrolle aller Uferstaaten des Schwarzen Meeres und nicht die der englischen Flotte.

Ueber die Haltung der russischen Delegation in Lausanne wird weiter berichtet:

Der russische Delegierte Rakowski empfing am Montag abend die an der Konferenz teilnehmenden Pressevertreter. Er führte u. a. aus, daß nach seiner Ueberzeugung die Grundlage der ganzen Orientfrage im Meerengenproblem liege. Es sei deshalb unmöglich, daß man die Russen bei der Regelung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen nur als Sachverständige behandle. Die türkische und die russische Delegation würden solidarisch vorgehen. Bei der Sicherung der Meerengen handle es sich darum, ihre Verteidigung und vor allem die Rechte der Türkei zu wahren.

Dienstag vormittag fand unter dem Vorsitz von General Beygand eine Sitzung der Unterkommission für die Behandlung der Frage der Inseln des Ägäischen Meeres, die von den Türken aufgeworfen wurde, statt. Es hat den Anschein, als ob sich der Lösung dieser Fragen keine großen Schwierigkeiten entgegenstellen, da die Türken auf diese Inseln keinen Anspruch erheben, sondern nur die Entmilitarisierung verlangen, ohne ihre Autonomie zu berühren.

„Times“ richten in einem Leitartikel einen heftigen Angriff gegen die Russen in Lausanne. Das Auftreten von Rakowski erbringe noch einmal den Beweis, daß das Ziel der Russen nicht das der Freiheit sei, sondern daß sie nur wünschten, eine möglichst umfangreiche Schwärzung anzurichten,

die sie in den Stand setze, eine fruchtbar revolutionäre Propaganda zu entwickeln. Aufschneidend wollten die Bolschewiken eine neue Krise herbeiführen. Die Alliierten betrachteten jedoch, jagen die „Times“, die Sowjet-Regierung nicht als die wirkliche Vertreterin des russischen Volkes. Man verhandle mit der Sowjetdelegation, weil seit einiger Zeit eine andere Regierung nicht mehr vorhanden sei, die im Namen des russischen Volkes sprechen könne. Diese Delegierten, die in Lausanne anwesend seien, würden nur über ganz bestimmte Fragen gehört. Darüber hinaus gebe man ihnen keinerlei Recht, zu sprechen. Die Alliierten würden die Dardanellenfrage so regeln, daß das russische Volk Nutzen aus dieser Regelung ziehen könne, aber der Politik der Sowjetdelegation gegenüber werde man eine starke Front bilden. Auch der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Lausanne schreibt, die Ankunft Rakowskis und die Nachricht, daß Tschitcherine unterwegs sei, habe die friedliche Atmosphäre zerstört.

Wir begreifen es durchaus, daß die Vertreter Sowjet-Rußlands den Diplomaten der Bourgeoisie nicht genehm sind. Ihr Getrammel und das Störgeräusch Lord Curzons wird jedoch die Machtstellung Sowjet-Rußlands nur härten, denn es zeigt den Proletariaten aller Länder, daß Rußland der proletarische Staat ist, feuert sie an, dem russischen Beispiel zu folgen.

Unsere russischen Genossen werden sich in Lausanne nicht hindern lassen, die Interessen des Proletariats zu vertreten, wie sie es in Genua getan haben.

Der Dollar auf 8800!

Die Folgen der letzten französischen Drohungen machen sich schon bemerkbar. An der Berliner Börse wurde der Dollar mit 8800 Mark gehandelt. Auch ein Zeichen der Tätigkeit der neuen Regierung.

die gewerkschaftlichen Organisationen gehabt hätten, vor allem darum, weil sie die Sabotage der Reformisten gegen sich haben.

Der Kongress stellte in aller Offenheit fest, daß die bisher von den Kontrollausschüssen erzielten Erfolge wenig, sehr wenig bedeuten. Aber er schreckte darum nicht vor der gewaltigen Aufgabe zurück. Die Delegierten hatten nun die Pflicht, all die Einzelheiten festzulegen, die bei einer wirksamen Kontrolle der Produktion durchzuführen sind. Der Kongress hatte die Macht des Gegners abzuschätzen und entsprechende Kampfmaßnahmen ins Auge zu fassen, er mußte alle Konsequenzen, die dieser Kampf haben muß, restlos offen aufzeigen.

Diese Aufgabe hat der Kongress durch seine Beschlüsse und Resolutionen und durch Aufstellung der Forderung der Arbeiterregierung gelöst. Jeder Delegierte, der nun zu seinen Mandatgebern zurückkehrt, ist in der Lage, der klassenbewußten Arbeiterschaft den zunächst einzuschlagenden Weg zu zeigen, die nötige Organisation ist geschaffen, um den Kampf in ganz Deutschland planmäßig zu führen, die Kampferfahrungen gegenseitig zu verteilten.

Erneut muß überall der Kampf geführt werden, um die Millionenorganisationen der freien Gewerkschaften im Kampf um die Kontrolle der Produktion und die Arbeiterregierung einzusetzen. Der Kongress ließ in seiner Resolution zur Gewerkschaftsfrage keinen Zweifel darüber, daß die Betriebsräte, um die Einheit der Gewerkschaften bis aufs äußerste kämpfen und sich durch keine Provokation der reformistischen Bürokratie zu Handlungen hinreichen lassen werden, die den arbeitgemeinschaftlichen Gewerkschaftszersetzern die Arbeit erleichtern könnten. Selbst wenn die Gewerkschaftsinstanzen Ausschüsse von Betriebsräten wählen wollten, werden diese an die Massen der Mitglieder appellieren, die solche diktatorischen Maßnahmen rückgängig machen werden.

Es ist nun Sache jedes einzelnen klassenbewußten Arbeiters, in allen proletarischen Organisationen die notwendige Aufklärungsarbeit mit erneuter Intensität aufzunehmen, damit die Sabotage der reformistischen Instanzen gebrochen wird. Der Kampf um die vom Kongress aufgestellten Ziele muß von der Arbeiterschaft Schritt für Schritt selbst geführt werden. Die Bourgeoisie hat die Gefahren für ihre Wucherprofite erkannt, schon lagern ihre Beauftragten den proletarischen Kontrollorganen den schärfsten Kampf an. Aber die ungeheure Not duldet kein Zurückweichen, sie gibt dem Proletariat keine Atempause. Doch diese Not ist auch für diejenigen, die heute noch abseits stehen, eine strenge Lehrmeisterin. Von der Aktivität der vom Programm des Reichsbetriebsräte-Kongresses überzeugten Arbeiter hängt es ab, die noch fehlenden Massen rasch in die Kampffront einzureihen und die Kontrollausschüsse zu tatsächlichen Machtregimen der Arbeiterschaft zu machen. Wenn sich die Gesamtbewegung auf solche Kontroll- und Kampforgane stützen kann, wird sie weder die reformistische Gewerkschaftsbürokratie noch das durch und durch korrupte und entmenschte Ausbeuterium aufhalten können.

An die Arbeit!

Die griechischen Minister hingerichtet.

Der engl. Gesandte aus Athen nach Lausanne abgereist.

Athen, 28. November. (W. L. B.)

In dem Hochverratsprozeß wurden Sunaris, Coralis, Protapapadakis, Theotokis, Baltazzi und General Hadjanetis zum Tode, der Admiral Soudas und General Stratigis zu lebenslanglichem Gefängnis und Degradation verurteilt. Die zum Tode verurteilten Personen wurden sämtlich hingerichtet. Die Reuter aus Athen erzählt, ist die Hinrichtung der zum Tode verurteilten Minister und Generale durch Erschießen erfolgt.

London, 28. November. (W. L. B.)

Aus Athen wird gemeldet, daß der britische Gesandte Lindley unverzüglich nach Vollziehung der Hinrichtung der sechs griechischen Minister und Offiziere um seine Pässe nachgefordert und den griechischen Behörden mitgeteilt hat, daß er nach den Verfügungen seiner Regierung Athen zu verlassen habe. Er wird heute abend nach Lausanne abfahren, um dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Curzon, persönlich Bericht zu erstatten.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet dazu:

Das Revolutionsministerium in Athen hat seinen Willen durchgesetzt, trotz der bereits vor einigen Tagen abgegebenen Erklärungen des englischen Gesandten, die Vollziehung eines Todesurteils werde den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Griechenland zur unmittelbaren Folge haben. Ob dieser Erklärung besteht in den Kreisen der Revolutionäre große Zustimmung, da sie als unabdingbare Voraussetzung einer fremden Macht in innergriechische Angelegenheiten betrachtet wurde.

Mit der Vollziehung des Urteils und der Abreise des englischen Gesandten ist ein neuer Konflikt zwischen England und Frankreich entstanden. Denn der griechisch-türkische war der englisch-französische Konflikt. Von Ausgang der Lausaner Konferenz wird es abhängen, ob dieser neue Konflikt ernstliche Folgen hat.

Die Winkelzüge der USPD. in Sachsen.

Auf die harten Bedingungen der sächsischen Kommunisten zur Frage der Regierungsbildung hat der Landesarbeitsrat der sächsischen Sozialdemokratie am 26. November mit einem Schreiben an die Parteikontrollinstanz der sächsischen USPD geantwortet. Das Schreiben erkennt einen großen Teil der Bedingungen als vollständig berechtigt an.

Zu der entscheidenden Frage der geschlichen Mitwirkung proletarischer Organe sagt aber das Schreiben:

„Einige Forderungen aber — und das gilt besonders für das Verlangen, alle das Proletariat berührenden Gesetze der Volksversammlung der Betriebsräte und dem Betriebsrätekongress vorzulegen — lehnen wir ab, weil diese Forderung eine solche des Gesamtproletariats nicht ist, die Betriebsräte vielmehr nur ein Organ der Gewerkschaftsbewegung sind und die Gewerkschaften selbst schon immer in allen wirtschaftlichen Fragen von der Regierung zu Rate gezogen werden.“

Der Brief wiederholt zum Schluß das Anerbieten, auf der Grundlage der Verfassung eine Regierung zu bilden.

Die sächsischen Sozialdemokraten machen sich die Sache sehr leicht. Sie lehnen die Hauptforderung der Kommunisten, die Vorbedingung jeder Arbeiterregierung, nämlich die Herstellung proletarischer Machtorgane, auf die sich die Regierung außerhalb des Parlaments stützen kann, ab mit der Begründung, daß man ja bisher schon immer die Gewerkschaften zu Rate gezogen habe. Man will eben keine Arbeiterregierung in Sachsen, sondern will eine Neuaufgabe der bisherigen sozialdemokratischen Regierung, die durch die Kommunisten wieder Kredit erhalten soll.

Unsere Partei hat um so weniger Anlaß, von ihren Forderungen abzugehen, als eben erst die sächsischen Betriebsräte in einem Aufruf ihren Kampfeswillen gegen die Stinnes-Koalition bekräftigt haben. Sachsen muß, je mehr die Gefahr der Stinnes-Politik im Reich droht, unter der Führung der Arbeiterregierung das Zentrum des proletarischen Widerstandes gegen den Bürgerblock werden. Die USPD hat zu wählen, ob sie mit den Kommunisten die proletarischen Interessen verteidigen oder sie auch in Sachsen an Stinnes verraten will.

Der Weg aus dem Elend.

Rede des Genossen Brandler auf dem Reichsbetriebsrätekongress.

(Schluß.)

Die Außenpolitik der Sozialdemokraten wurde charakterisiert durch ein elendes Fandruschen vor den Machthebern der Entente. Der Versailler Vertrag stützt sich auf den Chauvinismus der Deutschnationalen, der zum Krieg in d. zur Niederlage Deutschlands führte. Das Schwerkapital der Stinnes-Libysen benutzte diesen das Proletariat ausbeutenden und belästigenden Vertrag dazu, profitable Geschäfte zu machen, indem es den Eisenbügelhalter für die französische Eisenindustrie mochte. Die Politik der Sozialdemokraten einschließlich der früheren Unabhängigen charakterisiert sich in der Stellung zum Versailler Vertrag in einer fatalistischen Betrübnis.

Vorgegenüber ist es die Aufgabe einer Arbeiterregierung, alle persönlichen und staatlichen Abkommen über Sachleistungen oder Finanzübertragungen zu kontrollieren und die Gewinne, die aus diesen Sachverhältnissen erzielt werden, den Reparationskosten zur Verfügung zu stellen. Die

Auslandsgehoben der deutschen Kapitalisten.

Die Milliarden Goldmark auszusuchen, müssen beschlagnahmt und zuerst von diesen Entente den kapitalistischen Herrschern der Entente in den Händen geworfen werden. Auch eine Arbeiterregierung muß die Leistungen, die aus dem Friedensvertrag entspringen, solange beschlagen, als die Kraft des deutschen und russischen Proletariats in Gemeinschaft mit den englischen und französischen Arbeitern nicht stark genug ist, um diesen Vertrag zu zerreißen.

Die Arbeiterregierung muß aber sofort den Kampf gegen den Versailler Vertrag planmäßig organisieren. Internationale, revolutionäre Gewerkschaftskontakten der Arbeiter der Länder, deren Kapitalien die Nutznießer dieses Vertrages sind und der Länder, deren Arbeiter die Kosten des Vertrages aufzubringen haben, müssen Mittel und Wege finden, um eine Aenderung herbeizuführen.

Rußland und die Türkei sind heute noch die einzigen Mächte, die es gewagt haben, die Friedensverträge den Mächtern um die Ohren zu schlagen. In aller Eile müssen die revolutionären Arbeiter den Kampf ansetzen gegen den Widerstand und gegen die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft. Die Reparationspolitik der Arbeiterregierung hat zum Ziele den gemeinsamen Widerstand der vom Kräfte verarmten Schichten auf Grund der Zerstörungen der beiden Kriege. Einentsprechend wird ein neuer Friedensvertrag zwischen den deutschen und französischen Arbeitern hergestellt werden müssen.

Behämpfung der Konterrevolution.

Für haben in Sachsen gezeigt, daß wir gestellt sind, mit der USPD eine Arbeiterregierung zu bilden und mit ihr gemeinsam den Kampf gegen die deutsche Reaktion zu führen. Eine handlungsfähige bewaffnete Arbeiterfront ist in der Lage, die Konterrevolution zu verhindern zu machen. Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, der bewaffneten Macht der Reaktion die Bewaffnung der Arbeiterfront entgegenzusetzen.

Der Kampf gegen den Widerstand und gegen die Schieber kann nur geführt werden, wenn die Regierung gewillt ist, ernstliche Maßnahmen gegen die Sabotage dieser Kräfte zu treffen. Die Parteigänger müssen um Aufmerksamkeit bestrebt sein. Das Stinnesprogramm ist bedauerlich für das deutsche Proletariat Arbeit und weniger offen. Unsere Forderung muß sein: Kampf gegen Abtreibungsgesellschaft für die Ausräumung der Produktionsmittel, gegen die Spaltung der Gewerkschaften, für die Einheit des Proletariats! Als zum nächsten Kongress der deutschen Betriebsräte haben wir die Aufgabe, einen großen Teil der hier gestellten Aufgaben durchzuführen. Die Arbeiterschaft muß dazu im ganzen Lande mobilisiert werden. Wir haben in einer Sitzung, wo wir alles zu gewinnen, aber nichts zu verlieren haben. Wegen wir deshalb den Kampf, kämpfen wir unermüdet auf dem Wege der Revolution, dann wird uns der Sieg sicher sein. (Stimmlicher Beifall.)

Zusammensetzung des vom Reichsbetriebsrätekongress gewählten Reichsausschusses der Betriebsräte.

In dem neuen Reichsausschuss wurden folgende Kollegen gewählt:

- Präsident: Grotte, Leh, Förster, Ludwig, Kleinshmidt, Bachmann.
- Präsidenten: Rützel, Pommern, Ludwig, Stuber, Stettin, Pommern: Paul, Poth, Langels.
- Beisitzer: Eysfried, Kadel, Pina (USPD), Karl, Wirth, Laska - Laska (USPD), Walter, Lanitz, Chemnitz (USPD), Emil, Buch, Berlin (USPD), Kurt, Lang, Leipzig - Pommern (USPD), Paul, Lehmann, Leipzig - Pommern (USPD).

Thüringen: Willi Albrecht, Erfurt. Karl Klottig, Gotha. Hugo Schneider, Mühlhausen. Ernst Scholz, Neustadt a. O.

Schlesien: Fritz Wendrosch, Hindenburg. Robert Bias, Breslau 9. J. Karger, Petersdorf.

Ostpreußen: Otto Zimmermann, Königsberg. Hermann Eichler, Elbing, Ernst Reine, Tilsit.

Süddeutschland: Franz Baader, Stuttgart (Württemberg). Josef Gäh, München (Südbayern). Otto Porck, Nürnberg (Nordbayern). Jakob Köhr, Mannheim-Waldhof (Baden). Hans Mohr, Ludwigshafen 4 (Pfalz). Arthur Hempel, Frankfurt am Main (Hessen und Hessen-Rhassau). Egon Lorenz, Singen a. S. (Baden-Sekreis).

Mitteldeutschland: Karl Schöper, Eisleben. Otto Wippert, Magdeburg. Heinrich Bürger, Halle a. d. S. Alfred Holzweilig, Wildschütz. Walter Fickert, Naumburg. Ernst Bachmann, Abendorf bei Staßfurt.

Hannover: Otto Rogge, Hannover. Paul Gemeiner, Braunschweig. Otto Samaronski, Förste bei Alfeld.

Wasserkante: A. Beder, Hamburg. Kreuz, Hamburg. C. Liebegott, Flensburg. Meischer, Kiel. M. Porell, Bremerhaven. Frite, Emden.

Lausitz: Eduard Karas, Weißwasser, Oberlausitz. Paul Haase, Sagan, Volksgarten.

Brandenburg: Wilhelm Pappe, Oranienburg. Arthur Hanke, Breglau.

Mecklenburg: Hans Ambs, Rostock. Christian Kopp, Wismar.

Rheinland-Westfalen: Otto Jbel, Essen-West. Willi Lindner, Köln-Deutz. Buttgerit, Bielefeld. August Benner, Remscheid. Willi Beder, Düsseldorf. Julius Fänel, Hamborn.

20 000 Mark für ein Goldstück.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 20. bis 26. d. Mts. unverändert zum Preise von 20 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 10 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt ebenfalls unverändert bis auf weiteres zum 450fachen Betrag des Nennwertes.

An diese amtliche Mitteilung kann der Prolet folgende Frage knüpfen: Wieviel Arbeiter und Beamte sind heute im Besitz von soviel 20 000 Papiermarkstücken, wie früher von 20 Markstücken?

Hat der Prolet früher schon gedurft, so mag er heute im buchstäblichen Sinne des Wortes am Hungerstich. Er müßte, wenn er früher durchschnittlich 35 M. pro Woche verdiente auf Grund der amtlichen Wertschätzung einen Wochenlohn von 35 000 Mark in Papiergeld erhalten.

Deutschlands schwebende Schuld 765 725 497 000 Mk.

Die schwebende Schuld Deutschlands war bis zum 20. November d. Js. auf 765,7 Milliarden Mark angewachsen. Seit dem 1. April hat sich die Summe um 493,8 Milliarden Mark vergrößert. Allein vom 1. November bis 10. November erhöhte sich die schwebende Schuld um rund 60 Milliarden Mark und in der zweiten Dekade um rund 102 Milliarden Mark, also pro Tag um mehr als 10 Milliarden Mark.

Braten auf dem Arbeitertisch.

Im Bereich der fünf Kreishauptmannschaften in Sachsen sind nach dem Bericht der Tierärzte und Fleischbeschauer die Schlachtungen für wertvolles Vieh im 3. Vierteljahr 1922 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erheblich zurückgegangen. Bei Schweinen um 11 Prozent, bei Bullen um 11 Prozent, bei Ochsen um fast 20 Prozent. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Schlachtungen bei Pferden um 40 Prozent und bei Hunden um 350 Prozent. Das Proletariat ist wirklich auf dem Hund gekommen.

Schlesische Rundschau.

Die Zuckerverföorgung im Jahre 1922/23.

Die Preßstelle beim Oberpräsidium teilt mit: Laut preußischer Ausführungsanweisung vom 14. Oktober 1922 über die Verföorgung mit Zucker im Betriebsjahr 1922/23 darf vom 1. Dezember 1922 ab Mundzucker nur gegen Zuckerkarten abgegeben werden. Nur der Händler hat den der Zeit und abgegebenen Mengen entsprechenden Abschnitt abzutrennen und an sich zu nehmen. Bereits abgetrennte Abschnitte dürfen nicht beliefert werden.

Die Zuckerkarten werden durch die Kommunalverbände an die Haushaltungen verteilt. Die Zuckerkarte besteht aus zehn Abschnitten und zwar je 2 Abschnitten für die Monate Dezember 1922 bis einschl. März 1923. Außerdem sind 2 Abschnitte für Sonderverteilung vorhanden. Die einzelnen Abschnitte sollen mit je einem Pfund Zucker beliefert werden, also monatlich mit zwei Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Die Zuckerkarte gilt für das ganze preußische Staatsgebiet; daher sind die Zuckerkarten beim Verzuge innerhalb des preußischen Staatsgebietes den Kommunen nicht zurückzugeben. Die Zuckerkarte und ihre einzelnen Abschnitte sind nicht übertragbar. Die Annahme mehrerer Zuckerkarten des gleichen Zeitraumes für einen Verbraucher ist untersagt.

Zum Empfang einer Zuckerkarte ist nicht berechtigt, wer selbst oder als Haushaltungsangehöriger auf Grund eines Kautenlieferungs- oder sonstigen Vertrages mit Zucker versorgt wird. Die Annahme einer Zuckerkarte ist diesen Personen untersagt.

Wegen der Ausgabe des Stammezuckers sowie von Sonderverteilungen für werdende und stillende Mütter und für Säuglinge ergehen besondere Verfügungen.

1. An Apotheken, Heilanstalten, Gastwirtschaften und Pensionen darf der Händler gegen Empfangsbcheinigung Zucker abgeben.

2. Vom 1. Dezember ab darf an Apotheken, Heilanstalten nur gegen Ablieferung eines von der Kontrollstelle ausgestellten Bezugsscheines geliefert werden, der an die Stelle der Empfangsbcheinigung tritt.

3. Die abgegebenen Mengen sind in einem besonderen Buche nachzuweisen, das auf Verlangen der Kontrollstelle und den polizeilichen Ueberwachungsorganen vorzulegen ist. Die Gesamtmenge ist der Kontrollstelle getrennt nach den Lieferungen an

a) Apotheken und Heilanstalten und
b) Gastwirtschaften und Pensionen unter Vorlage der Bezugsscheine und Empfangsbcheinigungen, monatlich zu melden.

4. In gleicher Weise sind die Abschnitte der Zuckerkarten der Kontrollstelle monatlich einzureichen, also die Dezember-Marken Anfang Januar 1923. Der Händler ist verpflichtet, die in Empfang genommenen Marken in ein Kontrollbuch einzutragen.

Von dem Abgang und dem Inhalt der Marken sendungen ist der Kontrollstelle in gefondertem Schreiben Kenntnis zu geben. Diese Mitteilung ist der Marken sendung auf keinen Fall beizufügen.

Die Großhändler und Zwischenhändler dürfen nur an die Einzelhändler liefern, die ihnen gegenüber den vorgeschriebenen Verpflichtungsschein unterzeichnet haben. Dasselbe gilt von dem organisierten Einzelhandel und der genossenschaftlich organisierten Verbraucherenschaft.

Es ist verboten, die Abgabe von Zucker von dem Zukauf anderer Ware abhängig zu machen. Zuwiderhandlungen sind der Kontrollstelle zu melden.

Hoffentlich werden die Behörden nun auch mit genügender Schärfe den Schleichhandel mit Zucker bekämpfen. Sonst können wir das tragische Schauspiel der Kriegszeit wieder erleben, daß statt des Zuckers nur Zuckermarken da sind für die, welche kein oder nur wenig Geld haben. Dagegen können diejenigen Zucker in Hülle und Fülle bekommen, die Geld genug haben, Wucherpreise zu zahlen. Der „Auslandszucker“, der jetzt viel im Handel ist, dürfte den Schleichhandel wesentlich erleichtern. Es ist also sehr angebracht, wenn die Behörden mit recht viel Eifer gegen den Schleichhandel vorgehen. Etwa mit demselben Eifer, mit dem sie die Kommunisten bekämpfen. Das würde schon genügen.

Ein Reinfall des Reichstagsabgeordneten Franz.

Der Reichstagsabgeordnete Franz Waldenburg veröffentlichte im Dezember vorigen Jahres in der „Bergwacht“ einen Artikel. In diesem stützte er sich auf einen, von einem Polizeispitzel gefertigten Bericht über die Vorgänge in Breslau, anlässlich der Märzaktion. Obwohl dieser Bericht selbst von den Behörden nicht ernst genommen wurde, benützte ihn Franz, um die Waldenburger Arbeiter vor den Kommunisten zu warnen und um den Nachweis zu liefern, daß die SPD für die politischen Gefangenen nichts tun könne, weil — es besser sei, die Arbeiter vor der Begehung von „Straftaten“ zu warnen.

Auf Grund dieses Artikels brachte die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ eine Antwort. Wir wiesen nach, daß gerade die Sozialdemokraten, und insbesondere Abgeordneter Franz während des Rapp-Butsches gerade das Gegenteil davon tat, was er in seinem Artikel empfahl. Nach den Aussagen eines Bergarbeiters, die dieser später vor Gericht beidete, stand fest, daß Franz diesem Kameraden, der Mitglied der Kommunistischen Partei war,

aufforderte, zur Verhinderung des Anmarsches der Reichswehr die Eisenbahnbrücke bei Niederfalsbrunn in die Luft zu sprengen. Franz warnte also das Mitglied einer anderen Partei nicht vor einer „Straftat“, sondern ermunterte ihn dazu. Er tat also das Gegenteil davon, was er in seinem Artikel zur Beschönigung der Sabotage der Befreiung politischer Gefangener, wider seine eigenen Taten empfahl.

Am 28. November stand nun der damals verantwortliche Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vor dem Schöffengericht Breslau, angeklagt der formellen Beleidigung des Abgeordneten Franz. In seinem Strafantrag an das Gericht forderte

Severing und Stinnes.

Der Sozialdemokrat Severing, preussischer Innenminister, sagte in der Sitzung des preussischen Landtags vom 29. November 1921:

„Ich muß Ihnen doch sagen . . . daß ich Herrn Stinnes für eine Potenz unseres Wirtschaftslebens halte, daß Herr Stinnes in der Tat im deutschen Wirtschaftsleben einer der hervorragendsten Männer ist, dem man von allen Seiten des Hauses Achtung entgegenbringen könnte . . . Meine Herren, soweit das wirtschaftspolitische Programm des Herrn Stinnes in Frage kommt, kann man es, glaube ich, zu einem guten Teil unterschreiben.“

Abgeordneter Franz Erhebung öffentlicher Klage, weil der Angriff gegen den Reichstagsabgeordneten einer der Regierung angehörenden Partei öffentliches Interesse habe.

In der Verhandlung bestritt Franz die eidliche Aussage des Bergarbeiters und versuchte zu beweisen, daß er anlässlich des Rapp-Butsches weder Mitglied des Aktionsausschusses gewesen, noch irgend eine besondere Rolle gespielt habe. Er habe sich weder vertrocknet vor der Reichswehr, „noch habe er sich als Kommandant der Einwohnerverschutztruppe feige erwieisen“, noch habe er die Aufforderung zur Brückensprengung gegeben. Der angeklagte Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ wies demgegenüber darauf hin, daß ihm die eidliche Aussage eines Bergarbeiters wertvoller sei, als die von zehn sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.

Leider konnte die Verhandlung nicht zu Ende geführt werden, weil das Gericht gegen den Willen des angeklagten Redakteurs beschloß, das Amnestiegesetz für Vergehen aus Anlaß des Rapp-Butsches in Anwendung zu bringen.

Obwohl es dem Reichstagsabgeordneten Franz gar nicht in den Kopf gehen wollte, daß auch einmal ein Kommunist den „Segnungen“ des sozialdemokratischen Reichspräsidenten teilhaftig wird, beschloß das Gericht die Einstellung des Verfahrens.

Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter hat dazu beigetragen, daß die Justiz nicht arbeitslos, und der Staat sein Geld los wird. Zur Rettung der „staats-erhaltenden“ Ehre eines Arbeitervertreters.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

Vom Tage.

Triumph des fleghaften Proletariates.

Die folgenden Zeilen stammen von dem amerikanischen Sozialisten Eugen Debbs, der erst vor kurzer Zeit nach einer langen Gefängnisstrafe die Freiheit wiedererlangt hat.

Unter der mutigen, unbestechlichen und kompromißfreien Führung der Bolschewiki bewahrte das russische Proletariat seine Positionen gegen die kombinierten Angriffe der regierenden Mächte der ganzen Erde. Es ist ein herrliches Schauspiel, das das Herz jedes Revolutionärs entflammt und erschüttert und die Befehdung der ganzen Welt machrt.

Für die russischen Proletarier ist der Tag des Volkes angebrochen; sie kämpfen und sterben, wie nur Märtyrer undelden zu kämpfen und zu sterben wissen, um die Helle dieses Tages nicht nur in Rußland, sondern über alle Völker der Erde leuchten zu lassen.

Bei allen Revolutionen der Vergangenheit mußte die falsche und feige Ausrede herhalten, „daß das Volk noch nicht bereit war“. Immer schob sich irgendeine Mittelklasse an die Stelle der niedergerungenen Klasse und das „Volk“ blieb unten liegen, wo es seit Anbeginn der menschlichen Geschichte gelegen ist. Es war nie „reif“, um sich von seinen ausbeuterischen Despoten und Parasiten zu befreien. Nur für eines war es immer reif: den Vampyren, die an seinem Blute saugen und von seinem Elend fett wurden, das Rest zu erneuern.

Das war die Lehre Perenski in Rußland, und Scheidemann hat sie auf Deutschland übertragen. Beide sind falsche Propheten des Volkes und Verräter der Arbeiterklasse. — Wehe denen, die ihnen vertrauen, wenn ihre finstere Reaktion triumphiert, denn dann wird das Joch für eine ganze Generation ihrem geplagten und blutenden Nacken wieder aufgelegt werden.

Eugen Debbs.

Gewerkschaftsbewegung.

In Landeshut ein proletarischer Kontrollauschuß gebildet.

In der am 20. d. Mts. stattgefundenen Betriebsratssitzung wurde nach eingehender Aussprache die Notwendigkeit der Bildung von Kontrollauschüssen anerkannt. Für Landeshut und nähere Umgebung bilden die Betriebsratsmitglieder den Kontrollauschuß, der aus sich heraus einen Arbeitsauschuß gebildet hat. Es liegt nun an der Bevölkerung, alle Fälle von Preisübertreibung mit genauen Angaben zu melden, damit dem sich immer mehr breitmachenden Wucher energisch zu Leibe gegangen werden kann.

Aus der Partei.

Allerwärts zeigt sich ein Fortschreiten der kommunistischen Bewegung. Auch in kleinen Orten geht es vorwärts. So wurde im Mansfelder Kreise eine Ortsgruppe Neudorf nach einer Lenenungsversammlung gegründet, wobei sich sofort 20 Arbeiter in die KPD aufnehmen ließen.

Trotz Vereinigung der KPD mit der SPD will es im Mansfelder Lande für die Sozialdemokraten nicht gedeihen. Neulich war sogar Paul Leni als Redner aufgetreten worden, aber in der Diskussion fanden unsere Genossen als Redner so anhaltenden und starken Beifall, daß die Sozialdemokraten mit Paul Leni an der Spitze, vor Schluß der Versammlung das Feld räumten. Die Arbeiter hielten aus bis zum Schluß. Die Versammlung schloß mit einem vollen Erfolg für die kommunistische Partei.

In einer Parteiversammlung in Halle, in der über den Programmwurf diskutiert und zu verschiedenen organisatorischen

Drei Menschen

51] Roman von Maxim Gorki.

Ein ganz altes . . . In jeder ist's gesunden, wie ein Walter sieht's aus und ist wohl . . . ein Kezerjud. Bei einem Sataren hab' ich's für siebzig Kopeken gekauft.

Wie ist dein Titel? fragte Ija ozenin. Er hatte durch-zus seine Lust zum Reden, doch süßte er, daß das Schweigen ihm gefährlich werden könnte und zwang sich daher, auf das Gespräch einzugehen.

Der Titel ist abgerien, berichtete Iakow, indem er die Ohren hinten ließ — aber es ist darin vom Ursprung der Dinge die Rede. Schwer ist's zu lesen . . . und so hässlich. Es heißt dort, daß nach dem Ursprung der Dinge zuerst Shales von Milet gelehrt hat. Der sagte, daß aus dem Wasser alles Sein herkommt und daß Gott als eine Lebenskraft in den Dingen wohnt. Und dann war noch ein Gott-lo, er namens Diagoras, der lehrte, daß es nicht einen einzigen Gott gebe — er hat also wohl an Gott nicht geglaubt. Und auch Spilar ist genant, der meinte, daß wohl ein Gott ist, der aber sich um niemand bekümmert und für niemand sorgt. Das heißt also — wenn's auch einen Gott gibt, so gehen ihn die Menschen doch nichts an . . . So versuche ich's wenigstens. Lebe, wie du willst — es gibt keinen, der auf deine Taten achtgibt.

Ija erhob sich vom Stuhle und unterbrach stimmungselnd die breiten Ausführungen des Fremden:

Man sollte dieses Buch nehmen und dir damit eins auf den Schädel geben!

Weshalb? rief ganz verwundert Iakow, der sich durch Ijas Bemerkung verlegt fühlte.

Damit du nicht mehr darin lieg — Dummkopf! Und jener, der das Buch geschrieben hat, ist gleichfalls ein Dummkopf!

Dannem ging um den Tisch herum, beugte sich über den dahinteren Fenst und begann widerhastlich, voll Ingrimm auf Iakow loszuschreien, wie man er seinen großen Kopf mit Hammer schlägen bearbeitete:

Es gibt einen Gott! Er sieht alles! Er weiß alles! Leben ihm — gibt's keinen! Das Leben ist dir gegeben, um dich zu erproben und die Sünde, um dich zu prüfen. Nicht du standhalten — oder nicht? Hast du nicht standgehalten, tritt dich die Strafe . . . erwarte sie bestimmt! Nicht von den Menschen erwarte sie — sondern von ihm . . . Befanden? Immer wart — sie kann nicht ausbleiben!

Halt ein! rief Iakow. Hab' ich denn davon etwas gesagt?

Das ist mir ganz gleich! War' deine Strafe ad! Wie kannst du mein Richter sein, he? schrie Lunow gleich vor Erregung, in einer ihm ganz ungewohnten But, die plötzlich über ihn gekommen war. Kein Haar fällt von deinem Kopfe ohne seinen Willen, hast du gehört? Und wenn ich der Sünde verfallen bin — dann war das sein Wille! Dummkopf!

Hast du denn den Bestand verloren — oder was ist sonst? rief Iakow ganz erschrocken, indem er sich an die Wand lehnte. Was für einer Sünde bist du denn verfallen?

Lunow hörte durch das Räuschen und Säusen in seinen Ohren diese Frage Iakows, und es war ihm, als ob ein kalter Hauch ihn anwehte. Er sah misstrauisch auf Iakow und Ija, die durch seine Aufregung und sein Schreien gleichfalls beunruhigt war.

Ich rede doch nur beispielsweise, sagte er dumpf und setzte sich wieder an seinen Platz.

Scheint nicht gesund zu sein, bemerkte Malcha schüchtern.

Deine Augen sind so trübe, fügte Iakow hinzu und musterte ihn aufmerksam.

Ija fuhr unwillkürlich mit der Hand über seine Augen und antwortete leise:

Es ist nichts weiter, es wird vorübergehen.

Ein paar Minuten später fühlte er, daß er auf die Dauer doch dieses peinliche Zusammensein mit den Fremden nicht ertragen würde, und er trat auf sein Zimmer, ohne den See abzuwarten.

Kaum hatte er sich auf sein Bett gestreckt, als Oskel Serentij erschien. Seit der Bußtage sich erschlossen hatte an den heiligen Orten Bergung seiner Sünden zu suchen, lag auf seinem Gesichte ein verklärter, seliger Ausdruck, wie wenn er schon jetzt einen Vorgetradet der Freude hätte, die ihm die Botsprechung von seiner Sündenlast bereiten würde. Erst mit lächelnden Lippen trat er an das Bett seines Neffen und sprach während er an seinem Bärchen kuschelte, mit freundlicher Stimme:

Ich hab' dich vorhin nach Hause kommen . . . und da dacht' ich gleich: „Bist du doch mal zu ihm reingegangen und mit ihm plaudern! . . . Nicht lange mehr werden wir hier zusammen haufen!“

Du gehst als wacklich? fragte Ija trocken.

So wie es wärmer wird, breche ich auf . . . Ins Karwoche möchte ich schon in Kiev sein.

Steh' mal an! Sag mal, möchtest du nicht die kleine Malcha mitnehmen?

Was? Nein, das geht nicht, rief der Bußliche mit einer abweisenden Handbewegung.

So hör' doch einmal, sprach Ija hartnäckig. Sie ist hier ganz überflüssig . . . und steht jetzt in dem Alter . . . Iakow Petruscha . . . und so weiter . . . du versteht mich doch? Dieses Haus hier ist für alle wie ein Aßgrund . . . ein verfluchtes Haus! Mag sie gehen . . . vielleicht kommt sie nicht mehr zurück.

Aber wie kann ich sie denn mitnehmen? entgegnete Serentij kläglich.

Nimm sie nur nimm sie, sprach Ija, auf seinem Borhaben beharrend. Kaufft die hundert Rubel die du mir geben willst für sie verwenden . . . Ich hab' dein Geld nicht nötig, und für wird für dich baten . . . For Oskel hat viel zu bedeuten!

Der Bußliche lachete nach und sprach nach einer Weile: Es hat viel zu bedeuten . . . das stimmt! Das hast du . . . ganz richtig gesagt. Das Geld aber kann ich von dir nicht nehmen. Damit bleibt's, wie wir's beschloffen haben . . . Und was Malcha angeht — so will ich überlegen.

Oskel Serentij's Augen leuchteten glücklich auf, und indem er sich zu Ija hinneigte, sprach er flüsternd, in freudiger Begeisterung:

Was für einen Menschen hab' ich gestern kennen gelernt, mein lieber! Einen berühmten Märchen, Peter Wassiljisch mit Namen . . . Hast noch nichts von dem Bibellundiger Gifow gehört? Ein Mensch von höchster Weisheit! Nur Gott der Herr selber kann ihn zu mir gesandt haben . . . damit er meine Seele befreie von den Zweifeln an der Gnade des Herrn gegen mich Sünder.

Ija lag schweigend da — er hatte nur den Wunsch, daß der Titel was so bald wie möglich allein ließe. Mit halb geschlossenen Augen schaute er zum Fenster hinaus und sah vor sich die hohe, dunkle Wand des Schuppens.

Wir haben von den Sünden geredet, und von der Rettung der Seelen, flüsterte Serentij in frommem Eifer. — Er sprach zu mir: „Wie der Meißel des Steines bedarf, damit er die rechte Schärfe erlange, so bedarf der Mensch auch der Sünde, damit seine Seele zerhärtet werde und er sie in den Staub niederwerfe zu Füßen des allbarmerzigen Herrn.“

Ija sah den Oskel an und sprach mit höflichem Achseln: Sag mal — ist dieser Bibellundige vielleicht dein Saton ahnlich?

Wie kann man nur so reden! rief Serentij, indem er entrückt einen Schritt zurücktrat. Es ist doch ein gottesfürchtiger Mensch! Viel berühmter ist er schon als dein Großvater Amiba war. Ja — a — Bruder!

(Fortsetzung folgt)

Fragen Stellung genommen wurde, fand der Beschluß der Ortsleitung, vom 1. Dezember auf den jeweils geltenden Parteibeitrag 15 Prozent Ortszuschlag zu erheben, durch die Funktionäre Annahme.

Unser Parteiblatt, die „Hamburger Volkszeitung“, hat die Neustädter Gesellschaft für die Erweiterung des Unternehmens käuflich erworben. Es geht vorwärts auf allen Gebieten.

Die Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Süd hat den Studienrat Johannes Resch-Kemtscheid aus der Partei ausgeschlossen. Es kommen lediglich politische Gründe in Frage. Resch hat sich immer mehr von den Grundsätzen und der Tattätigkeit der Partei entfernt und schließlich sogar eine Streitschrift gegen die Partei herausgegeben. Da er selbst nicht ging, mußte er ausgeschlossen werden.

An alle Ortsgruppen! Genossinnen und Genossen!

Die ungeheure Steigerung aller Ausgaben, bedingt durch die Entwertung der Mark, stellt die Parteiorganisation vor schwierige Aufgaben. Trotz sparsamster Wirtschaft, trotz Einschränkung der Ausgaben auf allen Gebieten benötigen wir reichlichste Geldmittel.

Unsere Ortsgruppen lassen oft die notwendige Pünktlichkeit bei der Abrechnung vermissen. Bei dieser Gelegenheit weisen wir auf die Pflicht der Ortsgruppen hin, bis zum 5. des Monats für den Vormonat abgerechnet zu haben.

In den nächsten Wochen steht die Partei vor großen Aufgaben. Die Leitung verpflichtet uns mehr als bisher für die Propaganda auszugeben. Wir stehen vor der Aufgabe: Unsere Einnahmen mit den gesteigerten Ausgaben in Einklang zu bringen. Dazu gehört, daß jeder Genosse pünktlich seine Beiträge entrichtet, daß die Ortsgruppen pünktlich abrechnen und alle Genossen ermahnen, auch unter den sympathisierenden Mittel zu sammeln für Durchführung unserer Aufgaben.

Die Beiträge, sowie das Bezirksnotopfer sind in diesem Monat nicht erhöht worden. Wir erwarten, daß in diesem Monat

alle Genossen eine Marke des Bezirksnotopfers, ihrem Stundenlohn angemessen, kleben werden. Die Beiträge für den Bezirk Schlesien betragen pro Woche:

- I. Klasse (über 60 Mark Stundenlohn) 18 Mark
 - II. Klasse (unter 60 Mark Stundenlohn erwerbstätige Frauen u. Landarbeiter) 12 Mark
 - III. Klasse (Hausfrauen und Erwerbslose) 6 Mark
- Die Höhe des Bezirksnotopfers geben wir auch noch einmal zur Kenntnis:

I. Kl. 70 Mark, II. Kl. 50 Mark, III. Kl. 35 Mark.

Nützlich ist es, daß die Ortsgruppen sofort alle Restanten kassieren.

Bei der Abhaltung von Versammlungen müssen unsere Genossen eine regere Sammelaktivität entfalten, um die entstandenen Ausgaben zu decken.

Genossen! Genossinnen! Wir Kommunisten müssen Opfer bringen, wenn wir als die Avantgarde der Proletariats gelten wollen. Scheuen wir also nicht vor den kleineren Opfern zurück. Sind wir doch bereit, unsere ganze Person für unsere Sache einzusetzen.

Die Bezirksleitung.

Neue kommunistische Literatur.

Die Niedergangsperiode des Kapitalismus. C. Barga Verlag der Kommunisten 1922. Der Autor sagt in seinem Vorwort: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft ist nicht überstanden, der „normale“ Kapitalismus ist nicht wiederhergestellt, wie es die Vertreter der kapitalistischen Interessen im Lager des Proletariats, die Canada, Hildebrand, Levi u. a. schon vor zwei Jahren voraussagten. Aber es ist auch noch kein endgültiger Zusammenbruch des Kapitalismus erfolgt, wie es manche linke Genossen in unseren Reihen erhoffen. Die Kräfte des Wiederaufbaues und der Fortführung halten sich in der Periode zwischen den beiden Konzeptionen im Gleichgewicht so gewislich die Wage.

Diese neue Schrift des Genossen Barga ist in ihrer gedrängten Form eine vorzügliche Heftarbeit über die gegenwärtige Weltlage und muß von den Funktionären der Partei unbedingt gelesen werden. Zu beziehen durch die Buchhandlung Carl Hauptmann, Hamburg, Admiralstraße 71.

Serner ist im Verlag der kommunistischen Internationale erschienen: Giulio Aquila: Die italienische Sozialistische Partei. Zu beziehen durch die Buchhandlung Carl Hauptmann, Hamburg, Admiralstraße 71.

Aus den Betrieben.



Nette Zustände auf der Festsgrube Weißstein.

Man schreibt uns: Recht sonderbare Dinge passierten auf der Festsgrube. So zum Beispiel in der 5. Abteilung des Hans-Heinrich-Schachts. Da bekommt die Kumpels von ihrem Steiger bei der tollsten Ausbreitung und Nichtbeachtung der Bergpolizeilichen Vorschriften Prämien. Diese Prämie bestand bei der einen Kameradschaft in

1 Liter Nordhäuser Tränkbranntwein.

Andere Kumpels erhielten je eine Zigarre, wieder andere schenkt dieser Herr in der erbschaftlichen Weise. Auch schenkt er sich nicht, den Schachern 100 Mark Strafe für schlecht gefüllte Wägen zu geben. Arbeiter, werdet auch den Herrn, damit bei der Abrechnung keine mit vergolten wird. Achtet seinen Schenker nicht an, sondern in höchste Solidarität!

Für den Reichsbetriebsrätekongress

wurden weiter gesammelt:

Fahrpersonal Bahnhof 2 E	1300,—	Mk.
Techn. Personal Bahnhof 3	137,—	"
Personenbahnhof Klein-Mochern	732,—	"
Kollege Freudenreich	89,—	"
Kollege Gustav Scholz-Lehmann	769,—	"
Bekleidungsarbeiter (2 Listen)	440,—	"
Summa	3457,—	Mk.

Arbeiter, Genossen! Erlahmt nicht, weiter euern Kampffonds zu stärken!

Die Kommunist. Partei braucht zur Erfüllung ihrer Aufgaben

Geld und noch einmal Geld!

Genosse und Genossin!

Hast Du schon Deine Beiträge bezahlt?

Hast Du dafür gesorgt, daß Deine Ortsgruppe abgerechnet hat?

Breslau.

Totales.

Demokratische Ordnung.

Es streicht was durch die Straßen,
Den Säbel in der Faust,
Und wo ein Armer hungert,
Da kommt es angelaut.

Doch nicht mit Brot und Schinken,
Zu hellen in der Not —
Dies Mittel wär' zu teuer —
Man schlägt den Armen tot.

Mitgliederversammlung der R. P. D.

In der Mitglieder-Versammlung am 28. November berichtete der Genosse Gentsch über den Reichsbetriebsrätekongress. Er fand schärfte er die aus den Massen herauswachsende Bewegung der Betriebsräte und deren Aufgaben und Ziele.

Nach eingehender Diskussion stellte Genosse Gentsch einige Unklarheiten richtig.

Darauf referierte Genosse Graf über organisatorischen Ausbau der Ortsgruppe. Graf zeigte an Hand von Beispielen, wie die so überaus wichtige und ungewisse Kleinarbeit zu leisten ist. Die Aufmerksamkeit aller Genossinnen und Genossen bei Behandlung gerade dieses Punktes ist ein Beweis, daß auch in dieser Beziehung Breslau in Zukunft ganz erprobliches leisten wird.

Nunmehr wurde die Vertagung der von den Funktionären vorgeschlagenen Ortsleitung vorgenommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der nunmehrige Vorsitzende Genosse König die vom Gaste der Arbeit getragene Versammlung um 11 Uhr.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Donnerstag den 30. 11. kommen folgende Genossen zum Subbotnik: Siebig, Bogt, Heinrich Hehöhle, Karl Sutter, Heinrich Kocans und Leichmann. Der Genosse Mai kommt am Vormittag. Auch können sich noch andere Genossen, die vormittags Zeit haben, zur Arbeit melden.

Für Freitag den 1. 12. kommen folgende Genossen zum Subbotnik: Wilhelm Müller, Kirisch, Oskar Berner, Gottfried Engel, Otto Schramm, Fritz Wilde und Paul Knappe.

Quittung.

Für den Umbau sind folgende Beträge eingegangen:
Dauertine zur Ablösung des Hilfsdienstes, da keine Zeit:
Georg Hornemann, Breslau 100.— Mk.
Gisela Schmidt, Breslau 100.—

Wir danken bestens und rechnen mit den anderen, die ebenfalls keine Zeit haben.

Produktiv-Genossenschaft.

J. A. Hübner

In der heutigen Stadterweiterungs-Sitzung traten 18 Fragen zur Verhandlung. Die Sitzung beginnt um 5 Uhr nachmittags.

Verteilung der Mietleistungen für Wohnhäuser. In Nr. 44 des Breslauer Gemeindefreihaus vom 8. Oktober 1922 ist eine Bekanntmachung des Magistrats vom 6. Oktober d. J. über die vorläufige Mietleistung für Wohnhäuser veröffentlicht worden. Die Hauseigentümer sind nach dieser Bekanntmachung in der Lage, die Mieten zunächst selbst auszurechnen und schließlich festzusetzen. Zahlreiche mündliche und schriftliche Anfragen an das Büro XXII laßen darauf schließen, daß die Bekanntmachung nicht allseits bekannt ist. Es wird daher nochmals auf die in ihr enthaltenen Bestimmungen hingewiesen.

Die Vertagung hat nach den Bundesratsverordnungen am 1. Dezember 1922 im Deutschen Reich in üblicher Weise stattgefunden. Sie hat sich auf Pferde, Kanarienvogel, Maul, Gel, Fuder, Schafe, Schweine, Ziegen, Kammhühner, Federhühner und Hausvögel zu erstrecken. Die nächsten Bestimmungen über die Vertagung der Jagd in Breslau sind im Breslauer Gemeindefreihaus vom 21. November veröffentlicht.

Das Gerichtsheim in Weidenhof wird am 30. November für die Dauer der Wintermonate geschlossen.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung - Büro und Kasse: Breslau, Nikolaikirche 2/3, Hauptbahnhof Ring 833
Adressen: Alfred Czepner, Breslau 1, Nikolaikirche 49/50. Postfach 5874, Alfred Czepner

Agitationskreis Breslau.

Breslau. Die Bezirkskommissionen vom November haben am 30. 11. bis 6. 12. in der Zeit von 6 bis 8 Uhr nachts in unserer Büro statt. In der Bezirksleitung von uns höchste Aufmerksamkeit, wird jeder Bezirkskommissioner ermahnt, recht pünktlich abzugeben.

Einmalige Funktionäre, die die Verantwortung für Ober- und Untergliederungen haben, sind verpflichtet, dieselben sofort abzugeben.

Dienstag 7. 12. Donnerstag, den 30. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Stadthaus“, Oleschstraße 8. — Politische und wirtschaftliche Lage.

Dienstag 6. im „Stadthaus“, abends 7 1/2 Uhr, im „Stadthaus“, Oleschstraße 8. — Politische und wirtschaftliche Lage. — Politische und wirtschaftliche Lage.

Freitag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Stadthaus“, Oleschstraße 8. — Politische und wirtschaftliche Lage. — Politische und wirtschaftliche Lage.

Agitationskreis Ohlau.

Kreisleiter: Gustav Wiesner

Ohlau. Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 9 Uhr, bei Schmidt, wichtige Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Sämtliche Ortsgruppen des Agitationskreises Ohlau. Sonntag, den 3. Dezember, nachm. 8 Uhr, im Gasthaus zur Stadt Oels (bei Schmidt) Kreis-Konferenz. Sämtliche Ortsgruppen sind verpflichtet, Delegierte zu entsenden.

Agitationskreis Langenbielau.

Kreisleiter: Franz Reichel

Langenbielau. Sonntag, den 3. Dezember, nachm. 4 Uhr, in Reichenbach bei Manisch, Uferstraße (Gasthof zur Hoffnung) Kreis-Konferenz. Sämtliche Funktionäre der Ortsgruppen Langenbielau, Peterswalde, Reichenbach, Belsa und Weigelsdorf sind verpflichtet, zu erscheinen. Mitglieder, die nicht Funktionäre sind, können sich ebenfalls beteiligen. Referent: Genosse Graf-Breslau. Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin.

Langenbielau. Sonnabend, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, 7 1/2 Uhr, Abrechnung aller Gruppenführer mit dem Hauptreferent. Punkt 7 1/2 Uhr, Vorstand- und Funktionärsitzung, auch der F. V. R. Punkt 8 Uhr, Offiziell. Mitglieder-Versammlung. 1. Referat: Die Aufgaben der Frauen im Kampfe des Proletariats. 2. Ansprache. 3. Organisatorische. Alle Genossen sind verpflichtet, die Frauen mitzubringen. Der Kinosaal ist geheizt. Pünktlichkeit ist revolutionäre Pflicht. Referent zur Stelle.

Agitationskreis Sandeshut.

Kreisleiter: Wilhelm Böhme

Sandeshut. Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthof zur Sonne, Kreis-Konferenz mit äußerst wichtiger Tagesordnung. Ein Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend. Die Genossen der Kreisleitung, der Frauen-Agitationskommission, der Jugendleitungen und der Stadtverordnetenaktion sind zum Erscheinen verpflichtet. Außer dem muß jede Ortsgruppe durch mindestens einen Delegierten vertreten sein. Mitglieder der Partei und Jugend als Gäste willkommen. Mitgl. edsbuch legitimiert.

Agitationskreis Lauban.

Kreisleiter: Rudolf Gregor

Lauban. Schöndorf. Sonnabend, den 2. Dezember, abends 6 Uhr, im Gerichts-Kreisheim, Mitglieder-Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung Erscheinen unbedingt notwendig.

Agitationskreis Striegau.

Kreisleiter: August Reimann

Striegau. Eine Kreis-Konferenz findet am Sonntag, den 3. Dezember 1922, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal „Fürst Bismarck“ bei Sauer in Striegau statt. Jede Ortsgruppe hat einen Delegierten zu entsenden.

Freiburg. Donnerstag, den 30. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Büchwald“ (Hinterzimmer), Außerordentliche Parteiliche Sitzung.

Agitationskreis Waldenburg.

Waldenburg. Kreis-Konferenz für das obere und untere Revier (gemeinsam) am Sonntag, den 3. Dezember, vormittags 9 Uhr, im „Goldenen Becher“, Ober-Waldenburg. Wegen der wichtigen Tagesordnung muß jede Ortsgruppe vertreten sein. Ohne Delegierten-Ausweis oder Mitgliedskarte kein Zutritt. Pünktlichkeit ist revolutionäre Pflicht.

Waldenburg. Alle kommunistischen Bergarbeiter haben sich einzufinden am Sonnabend, den 2. Dezember, vormittags 9 Uhr und nachmittags 4 Uhr, beim Genossen Giesloff, Krügerstr. 7. Als dringende Pflicht jedes einzelnen ist notwendig, zu erscheinen.

Wüstegiersdorf. Mitglieder-Versammlung. Diese findet nicht wie bekannt Sonntag, den 3. Dezember, vorm. 9 Uhr, sondern wegen der Kreis-Konferenz erst abends 6 1/2 Uhr im Anker in Blumenau statt. Sympathisierende und Besucher der Zeitung sind willkommen. Genossen bringt eure Frauen mit. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, bei Genossen Franz, Wüstegiersdorf 122, fraktionslos. Der Bau weiter. Alle Genossen, welche Mitglieder des Bauarbeiterverbandes sind, haben zu erscheinen.

Kommunistische Jugend.

Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaikirche 49/50. Postfach 5874. Kreisleiter: Erich Kuder

Agitationskreis Hirschberg.

Hirschberg. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Versammlung im Dietrich bei Kahl. Landeshut. Am Sonntag, den 3. Dezember, vorm. 11 Uhr, im „G. Hof zur Sonne“, Kreis-Ausführung. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Kreisleiters. 2. Bericht vom Reichsbetriebsrätekongress.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Hartig; Inserate Max Hübner. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus.

Operettenabende. Aktion 1. 2. 3. 4. Heute und täglich 7 1/2 Uhr

Die Königin

von Montmartre Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr Ein Walzertraum

Stern-Kino

Salzstraße 2/4 a d Universitätsbrücke Von Freitag, den 1. 12. bis Montag, den 5. 12.

Der Graf von Cagliostro

Operettenabende. Aktion 1. 2. 3. 4. Von Dienstag, d. 5. 12. bis Donnerstag, d. 7. 12.

Der Eisenhahn

Operettenabende. Aktion 1. 2. 3. 4. Jed. Samstag u. Sonntag Kinderzuschlag 1/2

Herren - Anzüge

nach Maß mit u. ohne Stofflieferung liefert preiswert

Schleierstr. 51, Laden

Reparatur und Ausbesserung sämtlicher Herren- u. Damen-Garderobe

Genosse

ist: erfrischend

Am 1. Dezember 1922 tritt bei der Stadt. Straßenbahn eine Erhöhung des Einheitsjahrespreises von 15 Mk. auf 25 Mk. und entsprechende Erhöhung der anderen Fahrpreise ein, die im Gemeindefreihaus demnächst veröffentlicht wird.

Ankauf
von
Gold-, Silber-, Platin-,
Uhren-Bruch-Gegenständen
wie Beltecke in Silber, Alpaka etc.
zu höchsten Tagesp. eisen
im Leihhaus
Brüll & Co.
Matthiasstraße 88.

Soeben neu erschienen:
Das freie Land!
Kommunistischer Bauern-Kalender
für das Jahr 1923
mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender
Preis 100.— Mark
Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz
Schlesien, e. G. m. b. H., Abteilung Buch-
handlung, Breslau, Nikolaikirche 49/50